

Solidarität mit Israel! Antisemitismus entschieden entgegentreten!

Die aktuellen Entwicklungen in Israel erfordern eine klare und entschlossene Haltung unserer Regierung, um die Sicherheit Israels zu gewährleisten. Die FDP Hamburg fordert:

1. Solidarität mit Israel: Wir bekunden unsere uneingeschränkte Solidarität mit Israel in seinem Kampf gegen die terroristische Organisation Hamas. Israel hat ein legitimes Recht auf Selbstverteidigung und Sicherheit seiner Bürger. Wir verurteilen jegliche Angriffe auf Israel und fordern die internationale Gemeinschaft auf, Israel zu unterstützen. Wir bekräftigen unsere feste Überzeugung, dass Deutschland und Israel enge Verbündete sind. Die Existenz und die Sicherheit Israels sind deutsche Staatsräson.
2. Verurteilung von Hamas-Terror und extremistischer Propaganda: Wir verurteilen jegliche Form der Verherrlichung des Hamas-Terrors und extremistischer Propaganda. Menschen, die den Hamas-Terror feiern, widersprechen den freiheitlichen Werten unseres Rechtsstaats. Für Organisationen wie zum Beispiel die PFLP und Samidoun, die den Angriff mit Süßigkeiten und Musik feiern, fordern wir die unverzügliche Prüfung eines Verbotes. Der Rechtsstaat muss hier Stärke zeigen.
3. Schließung der Blauen Moschee in Hamburg
Die Hauptunterstützer der radikal-islamischen Hamas und des Islamischen Djihaad ist das iranische Mullah-Regime. Es ist für uns Freie Demokraten Hamburg seit längerem nicht mehr hinnehmbar, dass im Herzen unserer Stadt der Arm des iranischen Regimes wirkt und ihren Hass und Antisemitismus in Deutschland verbreitet. Jegliche staatliche Zusammenarbeit mit religiösen, vom iranischen Regime abhängigen Organisationen wie dem Islamischen Zentrum Hamburg (IZH) und der Islamischen Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands (IGS) sind zu beenden. Der Senat muss dringend ein Vereinsverbot dieser Organisationen prüfen und sich für die Schließung der blauen Moschee einsetzen.
Deutschland und die EU müssen sich für die weltweite Ächtung und Isolation des Mullah-Regimes einsetzen. Die Revolutionsgarden sind eine Terrororganisation, müssen als solche deklariert und auf die Sanktionsliste der EU gesetzt werden.
4. Beendigung der Zahlungen in die palästinensischen Gebiete: Wir unterstützen Christian Lindner in seinem Vorhaben, eine Einstellung der Zahlungen zu überprüfen. Wir dürfen nicht zulassen, dass mit deutschen Mitteln zur Entwicklungshilfe Terrorismus finanziert wird. Deshalb fordern wir Freien Demokraten während der Überprüfung sämtliche Zahlungen einzufrieren und erst dann freizugeben, wenn ausgeschlossen ist, dass deutsche Steuergelder weder direkt noch indirekt Terrorismus oder Antisemitismus begünstigen. Ebenfalls fordern wir den Hamburger Senat auf, vergleichbare Zahlungen, auch in Deutschland Ansässige Organisationen, einzufordern und zu prüfen.

5. Konsequenter Einsatz für Israel in der EU

Wir Freie Demokraten Hamburg unterstützen die Aussetzung sämtlicher EU Zahlungen an die Palästinensischen Gebiete. Es ist höchstproblematisch, dass der größte Teil der Entwicklungshilfe ohne Konditionen gezahlt wird. **Deshalb müssen auch die Gelder unter dem European Civil Protection and Humanitarian Aid Operations (ECHO) eingefroren werden.** Die EU ist der größte Geldgeber und hat daher eine besondere Verantwortung, sicher zu stellen, dass die Hamas in keinster Weise durch EU Gelder profitiert oder Terrorismus gefördert wird, auch darf damit kein Antisemitismus und Hass auf Israel insgesamt gefördert werden. Gelder dürfen nur dann wieder für eng beschränkte Ziele gezahlt werden, wenn ausgeschlossen ist, dass diese weder direkt noch indirekt zur Finanzierung des Terrorismus oder der Begünstigung des Antisemitismus genutzt werden ansonsten sind die Zahlungen einzustellen.

Wir Freie Demokraten Hamburg fordern zudem, dass die EU sich massiv für eine Reform des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) einsetzt. Das UNRWA war in der Vergangenheit immer wieder mit Missmanagement und mit antisemitischen Inhalten in palästinensischen Schulbüchern aufgefallen.

Die EU muss sich umgehend für ein Ende der Atomverhandlungen mit dem Iran (JCPOA) einsetzen. Der Iran hat mit den Repressionen gegen die eigene Bevölkerung jegliche Legitimation als Verhandlungspartner eingebüßt. Der staatlich betriebene Antisemitismus des Regimes und die Unterstützung der Hamas ist seit Jahren bekannt. Wir müssen Iran sämtliche ökonomische Vorteile verweigern, die aus dem Atomabkommen entstehen, da der Iran diese zur Festigung seiner Machtposition nach innen und außen und zur Destabilisierung der Region missbraucht.

Shalom Israel!